

INFORMATION

EU Critical Raw Materials Act: Auswirkungen auf die deutsche Nichteisen-Metallindustrie

Hintergrund und politischer Prozess

Der europäische Bedarf an Nichteisen (NE)-Metallen wird sich bis 2050 vervielfachen, vor allem, um die Nachfrage durch den Green Deal und die fortschreitende Digitalisierung zu bedienen. Gleichzeitig haben globale Krisen, wie etwa die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und der Klimawandel, erhebliche Auswirkungen auf die komplexen industriellen Wertschöpfungsketten. Die Verfügbarkeit von Rohstoffen hat sich zu einer strategischen Frage unserer Zeit entwickelt. Der Zugang zu den Rohstoffmärkten sowie das Know-how zur Verarbeitung sind entscheidend für unsere Zukunft.

Bereits am 12. Oktober 2021 hat das Europäische Parlament sich für ein EU-Rohstoffgesetz ausgesprochen. In der [Erklärung von Versailles](#) aus dem März 2022 haben die EU-Mitgliedstaaten die Forderung nach einem entschiedenen gemeinsamen Vorgehen in der Rohstoffpolitik betont. Kommissionspräsidentin von der Leyen kündigte schließlich in ihrer [Rede zur Lage der Union 2022](#) einen „**EU Critical Raw Materials Act**“ an, der sich auch im Arbeitsprogramm 2023 für Q1 2023 wiederfindet. Die Konsultation über das Impact-Assessment läuft.

Zielsetzung

Die Versorgung mit NE-Metallen in Europa muss auf mehrere Säulen setzen:

- höhere Importe von Primär- und Sekundärrohstoffen aus Ländern mit nachhaltigen Standards
- mehr heimische Minenproduktion
- und vor allem eine verbesserte Kreislaufwirtschaft.

WVMetalle-Position

Nach Einschätzung der WVMetalle sollte sich ein EU-Rohstoffgesetz auf folgende Punkte beziehen:

Erste Säule: Nachhaltige und diversifizierte Rohstoffimporte

- Anerkennung aller strategischen Rohstoffe und deren Wertschöpfungsketten: Die Liste der als kritisch eingestuften Rohstoffe der EU-Kommission sollte auf strategische Rohstoffe und dazugehörige Wertschöpfungsketten erweitert werden.
- In Kooperation mit Industrie und nach Vorbild des EU-Chips-Gesetzes sollte das EU-Rohstoffgesetz Zielvorgaben zur verbesserten Versorgungssicherheit für europäische Hersteller bis 2030 (Ausbau der Primär- und Sekundärproduktion der Europäischen Union) enthalten.
- Gewährleistung eines gesicherten Zugangs zu Rohstoffen durch Erschließung außereuropäischer Quellen in Form von schnellen Kooperationen mit verlässlichen Partnerländern.
- Berücksichtigung von Industrieinitiativen wie z.B. der „[Metal Alliance for Responsible Sourcing](#)“.

Europa ist in den nächsten Jahren, selbst bei einer erfolgreichen innereuropäischen Investitionsstrategie, weiterhin auf Importe einer Reihe von strategischen Rohstoffen angewiesen. Der „Critical Raw Materials Act“ muss deshalb eine ehrgeizige und globale Strategie zur Sicherung verantwortungsvoller und diversifizierter Einfuhren enthalten, um eine übermäßige Abhängigkeit von nicht nachhaltigen Einzulieferanten zu vermeiden und gleichzeitig die industrielle Basis der EU zu schützen.

Zweite Säule: Nachhaltige Rohstoffbeschaffung & Bergbau

- Das Genehmigungsumfeld für neue und bestehende Projekte im Bereich der Rohstoffbeschaffung muss ein „Enabler“ werden.
- Stärkung und Erhalt der Grundstoffindustrie in Deutschland und Europa.
- Verpflichtung zur Aufrechterhaltung gleicher globaler Wettbewerbsbedingungen („Level-Playing-Field“) und faire Handelsbedingungen mit allen Partnern.
- Verhängung vorläufiger handelspolitischer Schutzmaßnahmen innerhalb des bestehenden Rahmens sowie Beibehaltung bestehender Antidumpingmaßnahmen (d. h. Aluminium, Silicium).

Dritte Säule: Kreislaufwirtschaft

- Bei den Basismetallen Aluminium, Kupfer und Zink kann die gestiegene Nachfrage teilweise (zu 45 bis 65 Prozent) durch höhere Recyclingfolge gedeckt werden.
- Besseres Level-Playing-Field durch neue Abfallverbringungsverordnung und Stärkung des Binnenmarktes für Sekundärrohstoffe durch weitestgehende Entbürokratisierung.
- Maßnahmen, die zur Vollendung des Kreislaufs in der Kreislaufwirtschaft bis 2050 beitragen:
 - Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen für das Recycling (z.B. mehr Design for Recycling, verlängerte Nutzungsphase von Produkten).
 - Heimisches Recycling fördern, um die verbliebenen Recyclingpotenziale anzukurbeln.
 - Erhöhung des Beitrages an metallischen Sekundärrohstoffen (Abbau von Barrieren zur Schließung von Rohstoffkreisläufen, Förderung von innovativen Trenn-, Sortier- und Umschmelztechnologien).

Außerdem sollte das EU-Rohstoffgesetz Kernziele zur Umsetzung bis 2030 beinhalten. Diese sollten ein Mindestmaß an strategischer Autonomie und Diversifizierung für strategische Rohstoffe vorsehen und Leitlinien zur Implementierung in den Mitgliedstaaten enthalten, die eine Ergänzung um nationale Strategien ermöglichen:

- **Berücksichtigung anderer bestehenden Initiativen im Bereich Rohstoffe und Vermeidung von Überregulierung und unnötiger Bürokratie.** Neue Maßnahmen oder eine Neufassung bestehender Instrumente vorsehen, ohne dass es zu Überschneidungen mit anderen bestehenden Initiativen im Bereich der Rohstoffe kommt.
- **Klare, verständliche und transparente Zahlen zu Investitions- und Finanzierungsfragen,** mittelständische Unternehmen sollten besondere Unterstützung erhalten.
- **Bedarf an starken Leitmaßnahmen, die europäische Investitionen in die Rohstoffversorgungsketten unmittelbar vorantreiben können.** Das EU-Rohstoffgesetz könnte diese Maßnahme sein, sollte aber durch flankierende Maßnahmen, wie z.B. eine europäische multilaterale Handelspolitik, unterstützt werden.

Parallel dazu sollte die Kommission prüfen, ob sie sich am US-amerikanischen Inflationsbekämpfungsgesetz (Inflation Reduction Act) orientieren kann und damit Anreize für die nachgelagerten Sektoren schaffen kann, „europäisch“ (oder aus Partnerregionen) zu kaufen. Dies wäre möglich durch geeignete finanzielle Anreize oder in Verbindung mit Anforderungen an das öffentliche Auftragswesen. Dabei sollten die spezifischen Anforderungen der EU berücksichtigt werden, um ein Modell zu entwickeln, das mit den WTO-Regeln vereinbar ist.

WVMETALLE-FORDERUNG ZU EINEM EU-ROHSTOFFGESETZ

Drei Säulen: Diversifizierung der Rohstoffimporte aus Drittstaaten, mehr heimischer Abbau und Wertschöpfung mit nachhaltigen Standards, mehr Kreislaufwirtschaft

Festlegung von Kernzielen: Definition von Zwischenzielen, die zu dem strategischen Gesamtziel einer sicheren und nachhaltigen Rohstoffversorgung führen.

Bürokratieabbau: Abbau von Barrieren zur Schließung von Rohstoffkreisläufen und mehr Design for Recycling.

Handelspolitische Maßnahmen: Aufrechterhaltung gleicher Wettbewerbsbedingungen („Level-Playing-Field“), Verhängung vorläufiger handelspolitischer Schutzmaßnahmen innerhalb des bestehenden Rahmens

Berlin / Brüssel, im Februar 2023

Kontakt:

Dr. Daniel Quantz

Bereichsleiter Nachhaltigkeit | Recht

Telefon: 030 / 72 62 07-181

E-Mail: quantz@wvmetalle.de

Wirtschaftsvereinigung Metalle, Wallstraße 58/59, 10179 Berlin

Kontakt:

Tobias Schäfer

Leiter Europabüro | Europäische Stoffpolitik

Telefon: +32 2 502 1988-030

E-Mail: schaefer@wvmetalle.de

Wirtschaftsvereinigung Metalle, Rue Marie de Bourgogne 58, 1000 Brüssel